

Mein Abschied von den GRÜNEN

(Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik)

von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

30. August 2009

Text 75.3

Die Medien – die Wahl – und das Unbehagen

(Anmerkung zum 1. 9. 1939)

Anschreiben an die Medien

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, und der Vorsitzende der EKD, Präses Manfred Koch, befürchteten Anfang des Jahres zu Recht einen inhaltlosen Wahlkampf.“ Den Satz habe ich in meinem Text (Nr. 75.1) „Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt!“ vom 21. 9. 98 geschrieben. Die Klagen über den lahmen Wahlkampf in den Medien von heute sind also nicht neu. Der Unterschied besteht in „findet nicht statt“ zu „inhaltlos“. Aber besser ist es doch, einen Wahlkampf nicht erleben zu müssen, als einem Wahlkrampf ausgesetzt zu sein.

Der Leit(d)artikler Ulrich Neufert von der HAZ in der Ausgabe vom 29./30. August beklagt unter dem Titel „Die Wahlverweigerer“:

„Schmutzige Wahlkämpfe, in denen sich die politischen Gegner grob gefoult haben, gehören zur Geschichte dieses Landes wie der Bundesadler zu Schwarz-Rot-Gold. ... Aber damals wußten die Wähler worum es geht:“ ... „Heute dagegen geht es um gar nichts. Wenn man mal von der Kleinigkeit einer Weltfinanzkrise, Wirtschaftskrise und horrender Staatsverschuldung absieht.“ ...

Aber immerhin sieht der Leitartikelverfasser auch eine Mitschuld der Medien.

„... wir tun so, als hinge Wohl und Wehe dieser Republik davon ab, ob Gästen im Kanzleramt Wein oder Wasser serviert wird.“

Neuferts Schlußsätze lauten:

„Doch jede Stimmverweigerung ist auch eine Absage an das parlamentarische System. Wer das tatenlos hinnimmt, sieht zu, wie der Kitt zu bröckeln beginnt, der unsere demokratische Gesellschaft zusammen hält.“

In den Schlußbemerkungen zeigt Neufert eine Analyseschwäche und zieht Fehlschlüsse. Den Deutschen wird in der Gegenwart noch vorgeworfen, daß sie in den Wahlen der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts für die NSDAP gestimmt haben. Wenn heute Bürger die Einsicht haben, daß sie durch eine Stimmabgabe die politischen Verhältnisse nicht bessern können, aber durch eine Wahlbeteiligung das Böse in der Politik legitimieren, dann bleibt doch nur die Wahlverweigerung, um ein anständiger Bürger zu bleiben. Außerdem, der Kitt, den unsere Gesellschaft zusammengehalten hat, ist die große Lüge, die sich der hehren Worte *frei, sozial, demokratisch* bedient. Es wird doch Zeit, daß die Lüge als gesellschaftlicher Kitt gegen einen festeren Mörtel mit etwas mehr Wahrheitsgehalt ausgetauscht wird:

- Wir Deutschen haben keine Demokratie, denn dazu würde gehören, daß wir uns eine Verfassung geben.
- Wir Deutschen haben keine Marktwirtschaft, denn dazu würde gehören, daß wir die kapitalistischen Verwerfungen überwunden hätten.
- Wir Deutschen haben kein freies Bildungswesen, denn dazu würde gehören, daß wir den Bildungskommunismus überwunden hätten.
- Wir Deutschen kennen keine wahre Solidarität, denn diese konnte sich nicht unter zentralistischen Zwangsmittelschaften im sozialen Netz entwickeln.

Auch die Offenheit und Liebe zu Menschen anderer Nationen wurde nicht vorwiegend aufgrund der Einsicht in die Wesensverwandtschaft aller Menschen aufgebaut, sondern als Entlastungsfunktion für die Zuweisung der alleinigen und unendlich großen Schuld, die die vorangegangenen Generationen der Deutschen auf sich und uns geladen haben, übernommen. Offenheit und Liebe sind aber brüchig, wenn sie auf einem Schuldkomplex als Fundament aufgebaut sind. Die biblische Botschaft: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ wurde verfälscht in: „Du sollst deinen Nächsten lieben, weil Du als Deutscher bis in ewige

Zeit schuldig geworden bist.“

An der ganzen Haltung der Deutschen in ihrer Gleichgültigkeit, Identitätsunsicherheit und Abschottung gegenüber Anforderungen der Republik, haben die Medien ihren großen Anteil. 1968, als der Ruf nach Verstaatlichung der Medien durch die Straßen scholl, habe ich dagegen gehalten, daß das nichts an der Situation ändern würde. Aber 1965 habe ich schon festgestellt, daß den Medienmachern die Übereinstimmung mit anderen Machern in konkurrierenden Medien wichtiger ist, als die Qualität und der Wahrheitsgehalt eines Berichtes. Später erfuhr ich von Presseleuten, daß es für die Berichterstattung wichtiger ist, wer was sagt, als das, was gesagt wird. Also die Blähungen eines Ministers sind immer wichtiger, als noch so bedeutende Aussagen eines Bandarbeiters oder Philosophen.

Die Geschichte der Deutschen kommt nur als Negativum vor. Ein Beispiel: Der Krieg gegen Polen der am 1. 9. 1939 begann. Natürlich war das keine Ruhmestat der Deutschen. Aber darf es denn einfach unterschlagen werden, daß Danzig als Keim zum neuen Krieg von den Siegern des Ersten Weltkrieges angelegt war? Nachzulesen in „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ von Carl J. Burckhardt, dem letzten Hohen Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig. (Auszug weiter unten!) Wer den Rechtsradikalismus nicht fördern will, muß auch gegen die Täter – als Deutscher gegen Deutsche - Gerechtigkeit walten lassen.

Gesellschaftliche Prozesse kann man bestimmt nicht einfach lenken, auch nicht durch Beschlüsse der Parlamente. Daß dies durch die politischen Parteien und mächtigen Verbände unter Mißbrauch der Wissenschaften und Einschaltung der Medien versucht wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Entwicklung des demokratischen und autonomen Bürgers hängt aber wesentlich von der Qualität und Vielfalt der Berichterstattung der Medien ab. (Es ist aber keine Vielfalt, wenn das Gleiche in vielen – formal unabhängigen – Blättern steht oder von verschiedenen Sendern ausgestrahlt wird.) Und ich will nicht verhehlen, daß ich mich darüber freue, daß die Arroganz der Medienmacher – die nach meinem Eindruck auch bei uns eine Symbiose mit der politischen und wirtschaftlichen Macht bilden, die anders als unter der SED-Herrschaft, aber genauso wirksam ist – durch das Internet einen Dämpfer bekommen hat. Ich will dabei nicht übersehen, daß der um Unabhängigkeit und Objektivität bemühte Journalist oft durch Partei-, Wirtschafts- und Verbandsinteressen oder -Macht behindert oder gefesselt ist. (Aber um so mehr sollte er – wenn auch heimlich – bemüht sein,

herauszufinden, woraus die Stricke gedreht wurden, die ihn fesseln.)

Ich wollte eigentlich nur ein Anschreiben zu dem anhängenden Text „Mein Abschied von den GRÜNEN“ fertigen, aber der Artikel Ihres Kollegen aus der HAZ hat mich dazu gereizt bzw. ermuntert ein paar Zeilen mehr zu schreiben. Und das ist dann keine Schelte, sondern ein Lob für Ulrich Neufert und den Berufsstand der Journalisten.

Es grüßt

Tristan Abromeit

oooooooooooooooo

Zur Erinnerung an den Angriff Deutschlands auf Polen

am 1. September 1939

Ein Hintergrundaspekt

Aus:

Carl J. Burckhardt

Meine Danziger Mission 1937 – 1939, 1960

Streiflichter zum Danziger Problem

... Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der »freien« und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, »daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage«¹. Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Józef Beck, schreiben²: »Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und kom-

plizierteste Schöpfung des Versailler 'Vertrages. Es wai schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.« Derselbe Beck hat geschrieben ³:

»Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat seinerzeit die Aufgabe erhalten, die Aktion der polnischen und der Danziger Regierung zu kontrollieren, dabei hat er nicht einmal den geringsten Einfluß auf die Danziger Polizei besessen«. Es fehlte in der Tat jede Angabe, was geschehen müsse,

1) Jouinal Officiel de la Republique Francaise, Paris. Chambre des Deputes. Compte rendu de la 1890 séance, 4. 9. 1919.

2) Beck, Józef: »Demier rapport. Politique polonaise 1926-1939., S. 13, Neuchâtel, 1951

3) Beck, Józef, a. a. 0. S. 14.

- 24 -

wenn einer der beiden Staaten (Polen und Danzig) den Schiedsspruch des Hohen Kommissars nicht anerkennen sollte. Selbst in der Frage der Landesverteidigung Danzigs war der Hohe Kommissar fast machtlos. Wohl hatte der Völkerbund die militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluß des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich ¹. Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich ge-

1) (Fußnote wegen der Länge im Original nachsehen. TA)

- 25 -

wesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das »Diktat« um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe ¹.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. 1. 1935, Anwendung finden sollte, – vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet. ...

1) Coulondre, Robert: > De Staline à Hitler, Souvenirs de deux Ambassades 1936 - 1939 <, S. 260

- 26 -

... Der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravina¹, dem die Prüfung dieser Frage zufiel, erklärte im Oktober 1931, daß Polen jederzeit das Recht besitze, an der Ostseeküste neue Häfen zu schaffen. Der Völkerbundsrat hat diesen Entschcheid in seiner Sitzung vom 10. Mai 1932 bestätigt. Somit: die Freie Stadt war geschaffen worden, weil Polen einen Hafen benötigte, dieser Hafen war nun in Gdynia vorhanden. Nachdem diese Tatsache eingetreten war, soll Gravina gelegentlich seiner Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß der Zeitpunkt zu einer Revision des gefährlichen Danziger Statuts gekommen sei. Dies äußerte er, als in Deutschland Brüning Reichskanzler war. Hätte man damals die Weisheit besessen, so wurde von Danziger Seite später geäußert, auf diesem einen Punkt den deutschen Wünschen entgegenzukommen und hätte man Brüning diesen Erfolg verschafft, so hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Gravinass Anregung zur Revision des gefährlichen Danziger Statuts erfolgte zwei Jahre, bevor der deutsche Nationalsozialismus mit seinen rücksichtslosen außenpolitischen Methoden einsetzte und alle tatsächlich und vor allem scheinbar vorhandenen Vorwände zur Erreichung nunmehr unbegrenzter Ziele in Anwendung brachte. ...

- 27 -

Den Haupttext
75.0,
den Ergänzungstext 75.1
und das
Anschreiben an die Bündnisgrünen 75.2

finden Sie unter
www.tristan-abromeit.de

unter
Aktuelles
und
Texte / Arbeiten